



**Rudolf Hickel
Johann-G. König**

EURO stabilisieren EU demokratisieren

**Aus den
Krisen lernen**

Politik

Kellner Verlag
Bremen Boston



**Rudolf Hickel
Johann-Günther König**

EURO stabilisieren EU demokratisieren

Aus den Krisen lernen

Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert:
Die bibliografischen Daten können online angesehen werden:
<http://dnb.d-nb.de>

*Wir widmen dieses Buch dem engagierten
Unionsbürger Heinrich Holzgräfe
sowie dem früheren Präsidenten der
EU-Kommission, Jacques Delors, der mit
dem »Delors-Plan« von 1989 maßgeblich die
Einrichtung einer Wirtschaft- und Währungsunion
vorangetrieben hat.*

© 2014 by KellnerVerlag, Bremen | Boston

St.-Pauli-Deich 3 | 28199 Bremen

Tel. 0421 77866 | Fax 0421 704058

sachbuch@kellnerverlag.de

www.kellnerverlag.de

Lektorat: Klaus Kellner, Manuel Dotzauer, Sebastian Liedtke

Layout: Manuel Dotzauer

Umschlag: Designbüro Möhlenkamp, Bremen

ISBN 978-3-95651-025-0

Inhalt

Zur Euro- und unionseuropäischen Sache	6
Fragen an Blogger EUROWAN	13
I. Die Eurokrise überwinden	20
1. Die Ursachen der Eurokrise kennen, um diese zu überwinden	20
• Die aktuelle Ruhe verdeckt die Ursachen der Systemkrise	21
2. Aus den Gründungsfehlern währungspolitischer Integration lernen	23
• Der Werner-Plan: Die Zeit war noch nicht reif	24
• Das Europäische Währungssystem (EWS): Ein Schritt nach vorne	24
• Der Delorsplan: Perfekter Plan scheitert an Engstirnigkeit	26
• Der Maastrichter Vertrag: Dem Euro das Grundübel eingepflanzt	26
• Die fundamentalen Euro-Gründungsfehler	30
• Notwendige Korrekturen erforderlich	32
• Die Staatsschulden: Gesamtwirtschaftliche Funktionen	33
• Klartext zur Staatsverschuldung	34
3. Das Elend mit den spalterischen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten	37
• Törichte Gleichgewichtserwartung im Euroraum	38
• Wie lassen sich die deutschen Überschüsse der Handels- und Dienstleistungsbilanz erklären?	40
• Verschon mein Haus, zünd' andere an ...	40
• Fehlender Mut, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen	41
4. Unkalkulierbare Treibsätze der Eurokrise: Bankendebakel und politisches Missmanagement	42
• Wirtschafts- und Bankenkrise – Triebkraft der Eurokrise	43
• Apropos Griechenland: Ein Staatsdefizit und Goldman Sachs kassiert	44
• Krisenverschärfender »Sofortismus« im Euroland	46
• Krisenverschärfung durch Trippelschritte	47
5. Euro weiterentwickeln oder renationalisierte Währungen? – Die unvermeidbare Entscheidung	48
• Lohnt sich der Euro? Einige Hinweise zum allgemeinen Nutzen	49
• Was kostet der Ausstieg aus dem Euro?	52
• Die Target 2-Hysterie	53
• Was passiert, würde der Euro verschwinden?	55
• Die untauglichen Alternativen zum Eurosystem: Nationale Währungen oder Parallelwährungssystem	56
• Drachme zurück in Griechenland?	57
• Parallelwährungs-Illusionen	58
• Fiktion eines Euro-Parallelwährungssystems durch U. v. Suntum	59

6. Euro ja, aber anders: Gegen neoliberale Marktdominanz. Ein Konzept der politisch-ökonomischen Gestaltung	62
Die Sechs-Punkte-Agenda	63
7. Die geldpolitische Führungsrolle der EZB: Dilemma der allein gelassenen Währungspolitik	69
• Herausforderungen, die nicht im Lehrbuch vorkommen	70
• Die doppelte Aufgabe: Geldwertstabilität im funktionierenden Währungsraum	74
• Dicke Bertha & Bazooka: »What ever it takes!«	74
• Outright Monetary Transactions (OMT)	75
• Aktive EU-Politik erforderlich	76
• 18 unterschiedliche Staaten und eine Währung	78
• Niedrigzinspolitik unvermeidbar – Warum nimmt die EZB die Enteignung der Sparer in Kauf?	79
• Reduzierung gesetzlicher Renten durch private Kapitalvorsorge stoppen	81
• Mit der Wirtschafts- und Sozialunion gegen Profitdominanz	84
8. Weitergehende Forderungen an das Euroland in der EU: Die Vision einer ökonomisch handlungsfähigen Politischen Union	86
II. EU enträtseln	88
1. Können »wir« Euro und EU retten?	88
• Wie viel Staatsgewalt hat das deutsche Volk?	89
• Von der Staats- zur Unionsbürgerschaft	92
• Wen meint »wir«?	99
• Ziel: Europäische Wohlfahrtsunion	100
• Gaucks europäische Idee	101
• Die Finanzmärkte als fünfte Gewalt	102
• Zum Wohl des Finanzkapitals	103
• Gauck und das europäische Gesamtprojekt	104
• Frieden- und Freiheitsprojekt?	106
• Große Vorteile von der Gemeinschaft?	107
• Ein Marshallplan für Europa	108
• Soziale Ungleichheiten werden forciert	110
• Akzeptierte Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsarmut	111
• Arbeit und Wohlstand für alle: Es war einmal ...	112
• Von der Wirtschafts- zur Wettbewerbsgemeinschaft	113
• Wie kam es zur Agenda 2010?	116
• EU-Sozialabbaumodell	118
• Wir sind nicht gemeint	118
• »Gefährliche« Volksbefragungen	120
• Deutsche im Wachkoma?	120
• Europäische Werte ohne Garantie	122
• Friedensnobelpreis trotz sozialer Schieflage	125

• Kein Zukunftsprojekt	126
• Kein Volksprojekt	126
• Interessenwahrung durch europäische Militäreinsätze	127
• Wo bleibt die Macht des Volkes?	128
2. Angelegenheit der Völker zu ihrem Nutzen?	129
• Unpersönliche Rechtspersönlichkeit EU	130
• Irrgarten mit Mehrebenensystem	135
• Brüssel entscheidet?	140
• Regieren ohne Regierung	149
• Kein Parlament, wie es im Buche steht	150
• EU-Dämmerung	154
• Alternativlos?	157
• Papierne Ziele	159
• Leere Versprechungen	160
• Trickreiche Versprechungen	166
• EU-Ziele und Strategien	169
3. Unionseuropa magst ruhig sein	174
• Krise forever?	175
• Symptom Unionseuropamüdigkeit	179
• Die Union der begrenzten Einzelermächtigung	182
• Die Union der extremen Ungleichheit	186
• Die Union der Armut und working poor	192
• Die Union mangelnder menschlicher Entwicklung	198
• Die Union sozialen Systemmangels	200
• Die Union der Gewinnverlagerungen und Steuersenkungen	203
• Die Union des Wettbewerbswahns	208
• Deutsches Jahrzehnt?	220
4. Mehr Europa?	223
• Die EU – mehr als ein Staatenbund?	223
• Vereinigte Staaten von Europa?	227
• Konföderierte Eurostaaten?	232
• Preis des Überlebens: Politische Union?	234
• Demokratische Kursbücher	242
5. Europäische Wohlfahrtsunion – eine Utopie	250
• Vom guten Leben	251
• Letzte Ausfahrt Europäische Wohlfahrtsunion	254
• Wohlfahrtsunion mit einer Verkehrssprache?	259
• Die Union – Engel der Geschichte?	261
III. Was lehrt die Chronik? Die Eurokrise auf der Zeitachse (2009–2013)	262
Quellennachweise	277
Zu den Autoren	286

Zur Euro- und unionseuropäischen Sache

Der Euro und die Europäische Union prägen unsere gegenwärtige Lebenswirklichkeit in fast jeder Hinsicht. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD klingt das so: »Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger ein. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher wichtig, die demokratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu gestalten.«¹ Nur am Rande: Mit dem erwähnten »Vertrauen in Europa« ist das so eine Sache – kann Mensch sich auf eine räumliche Ordnung verlassen, die Europa genannt wird? Gewiss nicht. So viel zur politischen Lyrik.

Die Bundesregierung nimmt in Eurozone und EU zwar seit längerem eine Führungsrolle ein und dringt auf einen strikten Austeritätskurs – zu gut Deutsch: auf eine strikte staatliche Sparpolitik, die einen ausgedünnten und ausgeglichenen Staatshaushalt herbeiführen soll. Auch setzt die schwarz-rote Regierungskoalition unter Angela Merkel weiterhin auf »das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet« und behauptet: »Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden.« Der konkrete Krisendruck zwingt jedoch oftmals zur nicht eingestandenen Dehnung der Verbote.

Deutschland ist wie alle anderen Mitgliedstaaten der EU beziehungsweise der Eurozone ein nur mehr mit eingeschränkten Hoheitsrechten ausgestattetes Glied. Was auch immer auf unionseuropäischer Ebene beschlossen wird, und vor allem, was für die Unionbürgerinnen und -bürger in den 28 Mitgliedstaaten halbwegs gut oder dramatisch schief läuft, kann mit deutschen »Regierungsmitteln« allein nicht beeinflusst werden. Von den geldpolitischen Entscheidungen der politisch »unabhängig« gestellten Europäischen Zentralbank (EZB) ganz zu schweigen – auch sie tanzt wegen der Einsicht in die gemeinschaftliche Geldpolitik gewiss nicht nur nach der deutschen Pfeife.

Deutschland und gegenwärtig 17 weitere Staaten setzen auf den Euro und die Wirtschafts- und Währungsunion. Die nach wie vor vi-

rulente und schwere Krise macht augenfällig, dass im Euroraum genau das schief läuft, was viele Ökonomen bereits bei der Debatte um den die Wirtschafts- und Währungsunion begründeten Maastrichter Vertrag (1992) und dann kurz vor der Euroeinführung aus unterschiedlicher Warte befürchteten.²

Der Versuch, sehr unterschiedlich wirtschaftende und mit teils extrem uneinheitlichen Steuer-, Lohn- und Sozialsystemen operierende Mitgliedstaaten ausschließlich mittels eines für alle einheitlichen Zentralbankleitzinssatzes durch die Zeiten zu bringen, scheiterte im Herbst 2008, als die internationale Bankenkrise die Fehlkonstruktion der Währungsunion gnadenlos aufdeckte. Zur Erinnerung: Bereits bei der Einführung des Euros gerieten Länder mit geringen Wachstums- und Inflationsraten in die Rezession – Deutschland zum Beispiel zwischen 2001 und 2005, was prompt eine steigende Arbeitslosigkeit nach sich zog, während Euroländer mit höheren Inflationsraten dazu übergingen, mit Krediten zu niedrigen Realzinsen die Konjunktur anzufachen. In den heute zu den Krisenopfern gehörenden Staaten Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien entwickelte sich ab 1999 eine rasch wachsende Inlandsnachfrage, gefolgt von steigenden Importen und Leistungsbilanzdefiziten. Bau- und Immobilienpreisboom inbegriffen. Dass Deutschland ab 2005 durch die Agenda-Politik und mit ihr der Ausweitung des Niedriglohnsektors beziehungsweise einer erheblichen Senkung der Lohnstückkosten seine Exportbilanz kräftig aufbesserte, hat das Euroland zusätzlich gespalten.

Obwohl ganz offenbar die (zum Teil auch kriminell vorgehenden) Akteure auf den Finanzmärkten die Auslöser der sich ab 2007 entfaltenden Weltfinanz- und Wirtschaftskrise waren, sie also das große Problem sind, dem nicht nur mit strikten Regulierungen, sondern auch dem Verbot von unverantwortlich spekulativen Geschäftsmodellen begegnet werden muss, dominiert seitdem das alarmierende Wort *Eurokrise* und/oder *Staatsschuldenkrise* die Schlagzeilen. Für eine gewisse Gruppe von Personen unseres öffentlichen Lebens sind die Probleme von Mitgliedsländern der Eurozone jedenfalls eine willkommene Steilvorlage für ihre Attacken á la »Euro-Betrug« oder: »Europa braucht den Euro nicht« sowie ihr Orakeln vom »Schuldensog« oder drohenden Staatsbankrott und der Forderung: »Gebt uns unsere D-Mark zurück.«³ Anlass für das schlagzeilengesättigte mediale Streuen von – je nach Gusto – entweder Staatsschulden- oder Eurokrise oder auch Euro-Staats-

schuldenkrise gab 2009 spätestens die Krise eines volkswirtschaftlich kleinen europäischen Landes mit zehn Millionen Einwohnern, das bis dahin eher als lohnendes Urlaubsziel denn etwa als ökonomischer Kraftprotz im Gespräch war: Griechenland. Seitdem pfeift durch das von den Eliten viel beschworene Europäische Haus wie auch durch den neu angebauten Euroraum ein eisiger Wind.

Dennoch kann hierzulande von einem breiten öffentlichen Interesse an der Auseinandersetzung mit den gewaltigen Herausforderungen und Problemlagen der EU nebst Eurozone sowie ihrem »Betriebssystem« (leider) keine Rede sein. Euro und Europäische Union, so scheint es, werden im zeitgenössischen Bewusstsein als eine Art unabänderliches Schicksal hingenommen. Vor allem die grundlegende Frage: *Wie wollen wir in unserer Eigenschaft als Unionseuropäerinnen und -europäer im gemeinsamen europäischen Haus leben?* bleibt so gut wie ausgeblendet. Eine wahrnehmbare unionseuropäische Öffentlichkeit, die diese Frage erörtern und im Prozess einer unionseuropäischen Willensbildung hinreichend klären könnte, hat sich bislang nicht formiert. Immerhin europäisieren sich zunehmend einige der sozialen Bewegungen, die sich auch gegen die Austeritätspolitik der EU richten (zum Beispiel Blockupy). Nicht, dass es keine vielfältig-intensiven Debatten über entscheidende Euro- und Unionsfragen gäbe – sie erfolgen allerdings fast ausschließlich in den kleinen Zirkeln und speziellen Publikationsorganen einschlägig politisch und wissenschaftlich versierter Experten.⁴

Insbesondere in den wirtschaftlich noch relativ gut gestellten EU-Ländern der Nord-Achse und offensichtlich hierzulande ist von einem massiven zivilgesellschaftlichen Druck auf die politische Funktionselite, die in der Bredouille steckende Europäische Union und das Eurosystem von Grund auf neu zu gestalten, wenig zu verspüren. Wie es scheint, gönnt sich ein großer Teil der »staatstragenden« Mittelschichten vielmehr den Luxus, der herrschenden Politik und den Parlamenten im nationalstaatlichen wie supranationalen Rahmen das unionseuropäische Geschäft getrost zu überlassen. Und was kommt dabei heraus? Abwarten und immer teurer werdenden Tee trinken?

Ein Blick zurück in längst oder gerade erst vergangene Zeiten erhellt, dass es so etwas wie eine »normale Zeit« in der Geschichte nicht gibt. Und das bisher gültige Resümee des seit Menschengedenken laufenden Versuchs, in die Zukunft zu blicken, zeigt, dass Zukunft weder mit Fantasie noch mit mathematischen und anderen

Modellen verlässlich vorhersagbar ist. Ob die 1992 aus der Taufe gehobene Europäische Union – Union kommt von lateinisch *unio* = Einheit, Vereinigung – und mit ihr der Euro in einigen Jahren oder Jahrzehnten im Sinne der geltenden Verträge und laufenden Agenden noch Bestand haben werden, ist so gesehen alles andere als sicher. Jedenfalls wächst das gegenseitige Misstrauen der Regierungen und Bevölkerungen der 28 EU-Mitgliedstaaten wahrnehmbar. Die grundlegenden Konstruktionsmängel der gemeinsamen Euro-Währung sind trotz der Einrichtung einer Bankenunion immer noch nicht behoben.

Spätestens die Eurokrise hat Krankheitsherde freigelegt, deren Heilung eine Medizin verlangt, die zwar längst erfunden, deren Preis aber nicht nur von der Bundesregierung als zu hoch erachtet wird. Eine Währungsunion von Staaten, die ein enormes wirtschaftliches Gefälle aufweisen, kann nur als Transfer- und Verantwortungsunion funktionieren. So wie im vereinten Deutschland ohne erhebliche Solidargelder und den traditionellen Länderfinanzausgleich die neuen – und zunehmend einige der alten – Bundesländer leistungsmäßig zu stark und grundgesetzwidrig auseinanderdriften würden, können auch im Euroraum die südlichen, südöstlichen und östlichen Regionen ohne Transferleistungen des Nordens nicht ausreichend und vor allem nicht zügig genug prosperieren. Die seit immerhin 25 Jahren in die neuen Bundesländer transferierten öffentlichen Subventionen haben zwar bis heute keine völlige Angleichung von Wirtschaftskraft und Einkommen an den Standard der alten Bundesländer bewirken können, aber immerhin den Weg gebahnt. Eine aktive Politik zum Aufbau und zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den Krisenstaaten ist zwingend geboten. Ein finanzieller Gewaltakt zumal, der in einem vergleichsweise reichen und durch kulturelle Identität und einheitliche Sprache geprägten EU-Mitgliedstaat wohl allemal leichter zu realisieren war und ist als auf unionseuropäisch-zwischenstaatlicher Ebene.

Rettungsschirme und eine verstärkte Bankenkontrolle allein beseitigen nicht die Ursachen der Krise. Ohne eine Schuldenvergemeinschaftung etwa durch Eurobonds sowie einen Schuldenschnitt zu Lasten der bisherigen Gläubiger geht das Zusammenwachsen nicht. Die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte der Krisenstaaten stimulierende Investitions- und Aufbauprogramme sind für die EU überlebenswichtig. Gerade die Krisenländer brauchen vor allem ein qualitatives Wirtschaftswachstum zur ökologischen Verbesserung

der Lebens- und Produktionsverhältnisse.

Die Mitgliedschaft in einer als Transferunion fundierten Währungsunion verlangt allerdings die Einnahme durchaus bitterer Medizin der beteiligten Nationalstaaten. Denn sie erfordert den endgültigen Abschied von der fiskalischen Selbstbestimmung auf nationaler Ebene. Und zwar gleichermaßen der Empfänger- und Geberländer. Vor allem müssten die Parteien beziehungsweise Regierungen im Norden die Wähler dazu bewegen, diese Medizin mehrheitlich zu schlucken und sowohl Transfers als auch die Abgabe der Haushaltshoheit an die EU zu genehmigen. Kann das gutgehen? Ja, wenn deutlich wird, dass auch die Geberländer von einer starken EU mit dem Eurozentrum profitieren.

Ob die Bevölkerungen des Nordens, deren Mittel- und Oberschichten selbst geringe Wohlstandseinschnitte wie der Teufel das Weihwasser scheuen, eine solche unionseuropäische Politik überhaupt mittrügen, ist zweifelhaft. Die sich bündelnden populistischen Gegenkräfte, die eine »Befreiung vom Monster aus Brüssel« und den Erhalt nationaler Selbstbestimmung versprechen, haben wachsenden Zulauf aus allen Bevölkerungskreisen. Sie können den Begriffen *Sparpaket*, *Maastricht-Kriterien*, *Leistungsbilanzdefizit*, *Verordnung* etc. nichts Gutes abgewinnen. Der französische Front National, der belgische Vlaams Belang, die niederländische Freiheitspartei, die österreichische FPÖ, die Schwedendemokraten, die Wahren Finnen, die britische Ukip und andere mehr (bedingt auch die deutsche AfD) könnten bei der Wahl zum EU-Parlament 2014 auf einen so hohen Anteil von Sitzen kommen, dass man es nicht wiedererkennen würde und es zudem in vielerlei Hinsicht handlungsunfähig wäre. Der Anteil der unions- und eurokritischen Kräfte in der unionseuropäischen Wählerschaft betrug Ende 2013 Umfragen zufolge an die 40 Prozent.

Schon weil derzeit in einigen größeren und kleineren EU-Mitgliedstaaten die junge Generation ihrer Lebenschancen beraubt wird und die Zahl der Euro- und EU-Gegner nicht nur im reaktionären politischen Spektrum wächst, wird es höchste Zeit, die von den Eliten verfahrenere »Kiste« EU samt Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein bisschen zu reformieren, sondern vom Keller bis zum Dach umzubauen. Die seit dem Beginn der Eurokrise praktizierte Rettungspolitik des Europäischen Rats, der EZB und der Troika (EU-Kommission, IWF und EZB) ist jedenfalls keine die krisenauslösenden Ursachen umfassend und wirksam beseitigende. Sie

kauft bestenfalls Zeit – und das viel zu wenig auf Kosten derjenigen Finanzakteure, deren Rendite- und Spekulationsgier das Desaster ausgelöst hat. Schlimmer noch: Die entschieden praktizierten Austeritätsmaßnahmen zerstören die seit Ende des 19. Jahrhunderts mühsam erkämpften sozialen Sicherheitsnetze. Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und Alter sind für die vielen davon Betroffenen zunehmend wieder beängstigende Risiken.

In den Eurokrisenländern wie auch in vielen osteuropäischen Mitgliedstaaten lebt ein gutes Drittel der Bevölkerungen in oder am Rande der Armut. (In der EU gilt offiziell als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Haushalts des jeweiligen Wohnsitzlandes zur Verfügung hat.) Die von EU-Kommission, Troika und zahlreichen mitgliedstaatlichen Regierungen zunehmend erzwungenen Privatisierungsmaßnahmen öffentlicher Güter spielen zudem die letzten gesellschaftlichen Sicherheiten quasi genau den Akteuren des großen Geldes in die Hände, die das System wachsender Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Zusammenspiel mit der marktradikalen Politik verursacht haben.

Für die technokratische Strangulierung der krisengeschwächten Euroländer mittels Austerität sind die EU-Organ(e) (mit-)verantwortlich. So gesehen wäre es leichtfertig, eine weitere Vertiefung der Integration – sprich die weitere Schwächung der überkommenen demokratischen Errungenschaften auf mitgliedstaatlicher Ebene – voranzutreiben, bevor nicht klar ist, mit welchen Umbaumaßnahmen die EU nebst Euroraum menschenfreundlich gestaltet werden kann. Eine unionseuropäische Solidargemeinschaft kann sich nur durch die überfällige Koordination der bislang rein national gehandhabten Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik entwickeln. Eine Herkulesaufgabe fürwahr, die von den herrschenden Eliten ohne erheblichen Druck von »unten« aller Erfahrung nach nicht in Angriff genommen werden dürfte. Schon auf Grund der ungebrochen wachsenden Macht der transnational operierenden Konzerne und Finanzgiganten – und deren Interesse zielt naturgemäß auf die Schwächung der überkommenen nationalstaatlichen Demokratie beziehungsweise die Stärkung der Brüsseler Technokraten – wächst jedenfalls die Gefahr, dass die nach wie vor unter Krisendruck stehende EU nebst Wirtschafts- und Währungsunion dem Finanzkapital, nicht aber den auf auskömmliche Erwerbsmöglichkeiten und sicheren Altersversorgungen angewiesenen Unionseuropäerinnen und -europäern dient.

Eine wohlfahrtsförderliche EU mit einheitlicher Euro-Währung kann nur mittels einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die einen ausreichenden Grad der Harmonisierung erreicht, gelingen. Der dafür notwendige, seit langem überfällige politische Kurswechsel ist von den herrschenden unionseuropäischen und mitgliedstaatlichen Eliten jedoch offenbar nicht vorgesehen. Solange in den derzeit 28 Mitgliedstaaten – und sukzessive auf gesamteuropäischer Ebene – der Umbau der seit dem Vertrag von Maastricht sozial und ökonomisch immer repressiveren Union zivilgesellschaftlich nicht politisch wirksam eingefordert und realisiert wird, steht wenig Gutes zu erwarten.⁵

Mit diesem Buch verfolgen wir das Ziel der Aufklärung über die Chancen und Risiken der EU-Integration. Ideologien, Mystifizierungen und Herrschaftswissen werden ebenso wie realitätsferne Fantastereien als untauglich enttarnt. EU und Euro ja, aber ganz anders – lautet unsere Botschaft. Auch weil der Kenntnisstand jenseits der Parolen erschütternd dürftig ist, erklären wir gelegentlich detailliert die institutionelle Verfasstheit und die ökonomisch-soziale (Nicht-)Funktionsweise von EU und Euro. Allerdings müssen sich die Leserinnen und Leser ihr Urteil selbst bilden. Wir hoffen nur, mit unseren Argumentationssträngen die Entscheidungslage informell zu verbessern. Das ist die beste Voraussetzung für politisches Handeln. Dabei gilt:

Politische Einschätzungen hängen nicht zuletzt von der individuell präferierten Sicht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeiten ab. Unsere persönlichen Auffassungen und die herangezogenen und interpretierten Fakten muss niemand teilen – wenn sie jedoch dazu beitragen können, die dringende Klärung der Euro- und Unionsmaterie mit voranzutreiben, wären wir zufrieden.

Rudolf Hickel und Johann-Günther König

(P. S.: Die Quellenangaben beschränken sich auf das Wesentliche. Da die Literatur zu Euro- und EU-Fragen von nicht mehr überschaubarer Fülle und zudem mittels Internetsuchen leicht auffindbar ist, verzichten wir auf ein ausführliches Literaturverzeichnis.)

Fragen an Blogger EUROWAN

Von Johann-Günther König

Stimmt es, dass politische Witze im einstigen Ostblock immer mit einer Anfrage an den Sender Eriwan begannen?

Im Prinzip ja. Aber Wirkung entfalteteten sie in der Europäischen Gemeinschaft, wo Kommissare, Korruption und Misswirtschaft nicht von schlechten Eltern waren.

Es stimmt also, dass der Kapitalismus immer noch am Abgrund steht?

Im Prinzip ja. Aber wir sind bereits einen Schritt weiter.

Was unterscheidet den neuen Blogger Eurowan vom alten Radio Eriwan?

Im Prinzip nichts. Das Internet wird mindestens genauso effektiv überwacht wie die legendäre Rundfunk- und Fernsehstation in der Hauptstadt von Armenien.

Weiß man, wo Blogger Eurowan sitzt?

Wozu soll das gut sein? Wissen schützt vor Torheit nicht, selbst in der Eurogruppe, dem informellen Gremium der Finanzminister, deren Währung die Eurokrise ist.

Hat der Euro nicht mehr Vorteile, als viele denken?

Im Prinzip ja. Er senkt für Unternehmen, Verbraucher und Touristen die Transaktionskosten durch den Wegfall der Umtauschkosten. Und er läuft dem Dollar als internationale Leitwährung den Rang ab. Aber was die EU-Kommission sonst so alles bei der Euroeinführung versprach – reine Utopie.⁶

Wollen Sie im Ernst behaupten, unsere Währungsunion sei eine Utopie?

Bestimmt nicht. Von einer Utopie hätte man nichts zu befürchten – nur von dem real existierenden Schlamassel.

Wem wird eigentlich die geflügelte Redensart zugeschrieben: Dein Geld ist nicht weg – es ist nur woanders?

Im Prinzip den Griechen. Aber in Geldsachen hört die Völkerfreundschaft auf.

Fahren die EU-Mitgliedstaaten trotz der Krise aufeinander ab?

Im Prinzip ja. Alle Autos haben Euro-Kennzeichen mit einem blauen Band am linken Rand des Nummernschildes. Oben glänzen die zwölf gelben Sterne der europäischen Flagge. Allerdings gibt es farbliche Nuancen im Zusammengehörigkeitsgefühl. In Großbritannien ist die Farbe des Länderkürzels auf der Wagenrückseite nicht weiß, sondern gelb.

Ist es wahr, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die EU nicht interessiert?

Unsinn. 2009 betrug die Beteiligung bei der EU-Parlamentswahl satte 43,3 Prozent.

Wer bleibt bei der EU grundsätzlich außen vor?

Im Prinzip der Rest der außereuropäischen Welt. Wobei keiner genau weiß, wo Europa anfängt und aufhört. In südamerikanischen Lehrplänen besteht die Erde jedenfalls nur aus den fünf Kontinenten Eurasien, Afrika, Amerika, Australien und Antarktika.

Die Türkei verhandelt schon länger über den EU-Beitritt. Wann wird sie aufgenommen?

Mit Nicht-Eurowährungsländern beschäftigt sich die Eurogruppe nicht. Vielleicht gibt es gar keine EU mehr, wenn sie aufgenommen werden könnte.

Gibt es eigentlich Länder, die nicht ins Unionsparadies wollen?

Im Prinzip nein. Ausnahmen bestätigen aber die Regel und sind irgendwie rational – gemeint sind die Schweiz, Island, Norwegen, Vatikanstadt, San Marino und die Fürstentümer Andorra, Liechtenstein und Monaco.

Und warum gehören Grönland, die Färöer und die Kanalinseln, die Isle of Man, Akrotiri und Dekelia, nicht zum EU-Territorium?

Stellen Sie sich vor, diese herrlichen Flecken und Steueroasen wären dabei.

Hat die EU einen überzeugenden Wahlspruch?

Im Prinzip ja. Er lautet: In Vielfalt geeint. Zur EU gehören immerhin 28 Staaten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Von den Überseegebieten ganz zu schweigen – denken Sie an

Französisch-Guayana, Martinique, Guadeloupe, Réunion, Mayotte, die Kanaren, Azoren, Ceuta, Melilla und Madeira.

Kann ein Mitgliedstaat aus der EU hinausgeworfen werden?

Aus diesem Paradies kann keiner vertrieben werden. Gewisse Staaten werden vielleicht auf die feine englische Art »Good bye!« sagen oder gar dazu gezwungen werden.

Was macht die EU eigentlich so unwiderstehlich?

Im Prinzip die Zukunft. Die EU ist in Eurasien das hinter China und Indien drittbevölkerungsreichste politisch formierte Vielvölkergebilde mit 500 Millionen Einwohnern und zwei Dutzend Amtssprachen. Als Eurasische Union wird sie eines Tages mit rund fünf Milliarden Unionsbürgern alle bisher gescheiterten Vielvölkerreiche in den historischen Schatten stellen.

Treten Profis bei Weltmeisterschaften als Unionseuropäer an?

In der Sportart Golf schon. Aber in allen anderen wichtigen Wettbewerben nicht. Denn wenn Deutschland nicht ein ums andere Jahr die Export-Europameisterschaft gewänne, wäre ganz Unionseuropa nicht mehr wettbewerbsfähig.⁷

Gibt es Wichtigeres als das Interesse für EU-Belange?

Im Prinzip ja. Aber die deutschen Gemeinderäte, Beiräte, Kreistage und Länderparlamente, die Ausschüsse, der Bundestag, Bundesrat und selbst das Verfassungsgericht sind in lebenswichtigen Fragen nicht mehr die entscheidenden Instanzen.

Trifft es zu, dass kaum jemand die EU-Verträge kennt?

Im Prinzip nein. Sonst würden Abgeordnete des Bundestags ja nicht nach einigen Seiten der Lektüre einnicken.

Eine Bekannte von mir sitzt im Europaparlament. Sie meint, der Vertrag von Lissabon sei voller lobenswerter Ziele. Hat sie Recht?

Im Prinzip ja. Der Griechisch sprechende Satiriker Lukian von Samosata schilderte aber schon vor zweitausend Jahren eine Schiffsreise zum Mond.

Gibt es bei uns in der EU wenigstens mehr Humor als anderswo?

Im Prinzip ja. Aber wir haben ihn auch bitter nötig.

Wer ist der größte Humorist in der Union?

Man weiß es nicht. Vielleicht EZB-Chef Mario Draghi. Bei den US-Investoren sorgte er neulich mit dem Befund für Lacher: »Europas Sozialmodell hat sich bereits aufgelöst.«⁸ Vielleicht der Kabarettist Volker Pispers: »Wir haben eine Demokratie. Und Sie kriegen in einer Demokratie keine Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bevölkerung profitieren würden.«⁹

Welchen Rang besetzt die EU im Welttheater?

Im Prinzip den ersten. Sie hält ein knappes Viertel des Weltinlandsprodukts, bestreitet knapp die Hälfte der globalen Sozialausgaben und ist gemessen am Bruttonationaleinkommen der vermögendste Wirtschaftsraum auf Erden. Wie man hört, wird der erste Rang aber gerade durch Sperrsitze ersetzt.

Kann die EU außenpolitisch mit den USA mithalten?

Im Prinzip ja. Sie hat einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, dessen Handy wohl nicht von den US-Geheimdiensten abgehört wird.

Trifft es zu, dass die Hälfte der Mitglieder der EU-Kommission neo-liberale Seelenverkäufer sind?

Im Prinzip nein. Mindestens die Hälfte der Kommissare fördert die marktradikale Angebotswirtschaft.

Was genau ist eigentlich der Sixpack?

Im Prinzip eine Tragehilfe oder Trainingsmethode. Sehr beliebt sind Sixpacks der Brauereien und Muckibuden. Die sechs union-seuropäischen Gesetzgebungsmaßnahmen zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts heißen zwar auch Sixpack, sind aber selbst für Quartalssäufer und Austrainierte untragbar.

Schweißt der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Mitgliedstaaten der EU endlich fest zusammen?

Kennen Sie Paktierer, die auch gute Schweißer sind?

Es heißt immer, alle Euroländer müssten so wettbewerbsfähig wie Deutschland werden. Geht das überhaupt?

Im Prinzip ja. Seit dem 36. Geburtstag der DDR gilt die bewährte Maxime: Überholen ohne einzuholen.

Gibt es in der EU ein Beispiel für gelungene Solidarität?

Im Prinzip ja. Renault baut mit Nissan die nordspanischen Werke aus und schafft 1.300 Jobs. Die spanischen Politiker und Gewerkschafter preisen ihr Verhandlungsgeschick, denn die Jahresarbeitszeit wurde dafür nur um drei Tage verlängert, die Löhne der Stammbeschäftigten lediglich eingefroren und die 1.300 neuen Kräfte erhalten immerhin 72 Prozent des Tariflohns. Dass Renault zugleich einige Tausend Stellen im Heimatland Frankreich opfert, konnte wirklich niemand verlangen.

Trifft es zu, dass die EU Maßnahmen zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten treffen kann?

Im Prinzip ja. Aber das kann schnell nach hinten losgehen, weil die Unternehmen wettbewerbsfähig ja so frei bleiben, ihre Standorte solange gegeneinander auszuspielen, bis schließlich alle verbliebenen Beschäftigten immer mehr, immer länger und immer flexibler arbeiten. Und dabei immer weniger verdienen.

Ist die EU wirklich die wettbewerbsfähigste und dynamischste Wissensökonomie der Welt?

Im Prinzip ja. Aber es ist schwer, das den Amerikanern, Japanern, Chinesen, Koreanern und Brasilianern klarzumachen.

Stimmt es, dass die Deutschen bei Katastrophen in aller Welt viel spenden?

Im Prinzip ja. Aber die europäischen Krisenländer liegen einfach zu nah vor der Haustür. Deshalb sind 59 Prozent der Deutschen gegen einen dauerhaften Finanzausgleich zwischen den Euro-Ländern, 66 Prozent lehnen einen Solidaritätszuschlag ab und über 70 Prozent höhere Steuern für europäische Hilfen. Die Ablehnung ist enorm, konstatieren Sozialforscher.¹⁰

Was ist der Unterschied zwischen Christentum und Austeritätspolitik?

Das Christentum predigt Verzicht, die Austeritätspolitik verwirklicht ihn.

Kann man in der EU in Würde leben?

Im Prinzip ja. Aber wie soll das unter dem neuen Austeritätsregime gehen?

Aber es heißt doch in den Verträgen: Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.

Selbstverständlich. Diese Werte sind einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. So eine Gesellschaft gibt es aber in der Eurozone nicht.

Wurde wenigstens schon die Gleichheit von Frauen und Männern erreicht?

Man weiß es nicht so genau. Rein statistisch betrug 2011 das geschlechtsspezifische Lohngefälle im EU-Durchschnitt 16,2 Prozent. In Deutschland verdienten die Frauen glatte 22,2 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Soll man dem Gerede glauben, der Euro sei eine Fehlgeburt?

Im Prinzip ja. Bei der Geburt kam es zu Anomalien. In den meisten Mutterländern der Eurozone bluteten viele Arbeitsplätze aus, weil die öffentlichen Leistungen gekürzt werden mussten, um die teure medizinische Versorgung des Frühgeborenen sicherzustellen. Als der Euro aus dem Inkubator kam, diagnostizierten Banker prompt die Eurokrise.

Kann es sein, dass es im Euroraum nach Verwesung riecht?

Nein. Pecunia non olet – Geld stinkt nicht.

Aber es stimmt doch, dass wir in einer Schuldenunion leben?

Im Prinzip ja. Immerhin haben die Banken viele Billionen Euro in den Sand einer herbeispekulierten Fata Morgana gesetzt. Aber wenn die Euroländer den Banken keine fünf Billionen Euro zugesteckt hätten, wären die Staatsschulden nicht auf neun Billionen Euro gestiegen, gäbe es also gar keine Schuldenunion.

Stimmt es, dass wir Eurozonenbewohner nur entscheiden dürfen, ob wir lieber das Messer des Bankiers an der Gurgel oder die Pistole des Tyrannen an der Schläfe spüren wollen?¹¹

Im Prinzip nein. Kanzlerin Merkel beschwört ja nicht zum Spaß die Alternativlosigkeit.

Haftet die Union für die Schulden eines kriselnden Mitgliedstaats?

Im Prinzip nein. Die europäischen Verträge verbieten das der Politik ausdrücklich. Die unabhängige EZB wird aber solange indirekt Staatsanleihen kaufen, bis die verbotene Staatsfinanzierung als kluger Regelverstoß anerkannt wird.

Trifft es zu, dass der Europäische Fiskalpakt alternativlos ist?

Im Prinzip ja. Aber das war auch der 1955 begründete Warschauer Pakt, und der implodierte nach 35 Jahren. Und aus dem konnte Albanien sogar wieder austreten, während der Fiskalpakt keine Bestimmungen enthält, wie er gekündigt oder beendet werden kann.

Warum machen eigentlich Großbritannien und Tschechien nicht beim Fiskalpakt mit?

Sie wollen nicht mit all den EU-Staaten tauschen, die nun so voll auf die in ihre Verfassungen eingebauten Schuldenbremsen treten müssen, dass sie aus der Kurve fliegen.

Was ist der Unterschied zwischen einem EU-Optimisten und einem EU-Pessimisten?

Der Optimist plädiert für ein europäisches Grundeinkommen und klassenloses Gesundheitssystem, das allen einen ausreichenden sozialen Schutz und soziale Teilhabe gewährt. Der Pessimist zieht die Konsequenz aus der Unions- und Eurokrise und wandert nach Norwegen oder Australien aus.

An welchem Tag genau stirbt der Neoliberalismus?

Man weiß es nicht. Aber er ist ein Feiertag.

I. Die Eurokrise überwinden

mit Rudolf Hickel

Der Ausbruch der systemischen Krise des Eurowährungssystems ist vor allem auf zwei tiefer liegende Gründe zurückzuführen:

Erstens stehen die schwerwiegenden Gründungsfehler im Maastrichter Vertrag, der Ende 1990 verhandelt worden ist, im Blickpunkt. Mit der Reduktion des Gründungsvertrags auf die monetäre Integration ohne Rücksicht auf die realwirtschaftlich tief gespaltene Entwicklung im Euroraum musste sich allerdings zeitlich verzögert die darin angelegte Sprengkraft entladen. Auf diesem Hintergrund bleibt von der heute übermächtigen Behauptung, die exzessive Politik mit den Staatsschulden ökonomisch schwacher Mitgliedsländer habe die Eurokrise zu verantworten, nicht viel übrig.

Zweitens ist nach dem Ausbruch der Eurokrise der Ablauf der in immer kürzeren Abständen durchgeführten Krisengipfel entscheidend durch eine ad hoc-orientierte, neoliberal durchwirkte Politik geprägt worden. Die Konzentration auf eine exzessive, scheinbar nur »hausgemachte« Schuldenpolitik in den auf Finanzhilfen angewiesenen Krisenländern und die dagegen gerichtete Austeritätspolitik hat immer wieder zu schweren Rückschlägen geführt. Nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch hat sich eine Spaltung zwischen den Mitgliedsländern breit gemacht. Dabei geht es nicht nur um die Interessengegensätze zwischen den Ländern, die die Finanzhilfen garantieren, und denjenigen, denen diese zur Verfügung gestellt werden. Denn obwohl noch nie ein starkes Maß an Kooperation und Integration verlangt wurde, haben die politischen Spannungen zwischen und innerhalb der Euro-Staaten an Kraft gewonnen.

1. Die Ursachen der Eurokrise kennen, um diese zu überwinden

Nach turbulenten Jahren der Eurokrise, die mit der drohenden Staatspleite Griechenlands Anfang 2010 einsetzten, scheint heute Ruhe eingekehrt zu sein. Bundesfinanzminister Schäuble bejubelt

Ende 2013 die nach seiner Auffassung überwundene Ansteckungsgefahr. Wenn also ein Land in Schwierigkeiten gerät, droht das gesamte System in den Absturz gerissen zu werden. Die Hektik der sich in immer kürzeren Abständen ablösenden EU-Krisengipfel sei gebannt. Mitte Dezember 2013 konnte nach drei Jahren Mitgliedschaft Irland den Rettungsfonds verlassen und wieder zur haushaltspolitischen Souveränität zurückfinden.

Zum 1. Januar 2014 ist Lettland als achtzehntes Mitgliedsland in das Eurowährungssystem eingestiegen. Dabei spielt die Erwartung Lettlands, mit der Euro-Mitgliedschaft die politische Souveränität gegenüber Russland durch die Bindung an die EU zu stärken, eine enorme Rolle. Vieles spricht dafür, dass das Vertrauen in diese zuvor chaotische Währung wieder zurückgewonnen werden konnte. Jedoch, die in dem gesamten Eurosystem schlummernden Widersprüche und Divergenzen, die noch zu beschreiben sind, können schnell wieder in eine tiefe Krise umschlagen. Derzeit erscheint der Euro als attraktive Krisenwährung.

Die Maßnahmen, die Rückschläge, aber auch die positiven, vorantreibenden Ansätze in dem seit Anfang 2010 begonnenen Entscheidungsmarathon im Namen der Eurorettung sind mittels einer *Zeitachse* übersichtlich nachvollziehbar. *Was lehrt die Chronik* – diese spezielle Zusammenschau findet sich in Teil III dieses Buches.

Die aktuelle Ruhe verdeckt die Ursachen der Systemkrise

In der Tat, aus dem Eurosystem kommen derzeit keine die Existenz bedrohenden Krisenmeldungen. Jedoch, die angespannte Ruhe täuscht. Maßgeblicher Grund dafür ist der vorerst durch politisches Handeln gelungene Rausschmiss der Spekulanten, die mit der Eurokrise auf Gewinne setzten. Wetten auf den Absturz von Staaten durch Spekulanten gehen nicht mehr auf. Sie lohnen sich nicht mehr. Verantwortlich sind zwei Maßnahmen:

Erstens übernimmt der heutige *Rettungsfonds ESM* die Anschlussfinanzierung notleidender Staaten. Muss beispielsweise Griechenland neue Staatskredite aufnehmen, um die fälligen Schulden zu refinanzieren, dann bleibt der Gang zu den zinstreibenden, privaten Kapitalmärkten erspart. Der Rettungsfonds übernimmt abgeschirmt gegen Spekulanten diese Anschlussfinanzierung.

Zweitens kündigte im September 2012 in London der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi erfolgreich an, selbst gegen massive Spekulationen durch den *Aufkauf von*

Staatsanleihen aus den Krisenländern den Euro uneingeschränkt zu verteidigen. Kronzeuge für den Erfolg dieser Abschirmung der abzuwickelnden öffentlichen Haushaltskrise ist ein namhafter Spekulant am Finanzplatz Frankfurt a. M.: Er beklagte sich lauthals darüber, dass an der Eurokrise nichts mehr zu verdienen sei. Das ist dank der gegensteuernden Politik gut so.

Die Ruhe, die auf die erfolgreichen Maßnahmen gegen Spekulanten zurückgeht, ist jedoch trügerisch. Es geht nur um den Kauf von Zeit. Die brandgefährlichen systemischen Krisenherde sind nicht gebannt. Der Euro bleibt eine Dauerbaustelle. Zu beschreiben ist eine doppelte Systemkrise. Diese Krise des Eurosystems wird oft mit dem Hinweis auf den vergleichsweise stabilen Binnenwert und den starken Außenwert geleugnet. Der günstige Binnen- und Außenwert darf jedoch nicht über die doppelte Systemkrise hinwegtäuschen.

Die *ökonomische Systemkrise* wird durch die tiefe Spaltung der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung zwischen den Mitgliedsländern bestimmt. Eine anhaltende tiefe Rezension in den Krisenländern, kombiniert mit dem drohenden Zusammenbruch des Bankensystems, steht den allerdings mittlerweile auch gebremsten wirtschaftlichen Wachstumsregionen gegenüber. Die krassen Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit schlagen sich in Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen – vor allem in Deutschland – gegenüber Defizitländern nieder. Ohne eine erfolgreiche Strategie der makroökonomischen Harmonisierung kann sich der Euro nicht entfalten. Er wird zur Dauerbaustelle.

Überlagert wird die ökonomische Spaltung durch eine *politische Systemkrise*. Dahinter steht der Verlust an politischer Akzeptanz. Ohne politische Akzeptanz eines verlässlichen Währungssystems sind die ökonomischen und politischen Risiken groß. Dabei erzeugen die durch die Europäische Union erzwungene martialisches Einsparpolitik und Steuererhöhungen in den Krisenhaushalten sowie die Privatisierungen Ablehnung in den betroffenen Ländern. Aber auch in den ökonomisch starken Geberländern schwindet die politische Akzeptanz. Anti-europäische, vor allem auch rechtsradikale Parteien versuchen von dieser Vertrauenskrise zu profitieren.

Die ökonomische Stabilisierung der Währungsunion gepaart mit einer Finanz- und Wirtschaftsunion ist die beste Voraussetzung, die Renationalisierung mit nationalstaatlicher Arroganz zu verhindern. Die heutige politische Spaltung, die in einigen Ländern auch durch

Hass und Verachtung gekennzeichnet ist, birgt politischen Sprengstoff. Das sind die langanhaltende Instabilität, die Spaltung zwischen den Mitgliedsländern, die hohe Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten, die verloren gegangene Perspektive junger Menschen ohne Job, wachsende Armut gegenüber Reichtumszonen. Dies ist alles Nährboden für eine politische Radikalisierung nach rechts.

Um die währungspolitische Euroakzeptanz zu stärken, taugen allgemein politische, gut gemeinte Bekenntnisse wenig. Sicherlich geht es auch darum, den Frieden in Europa zu sichern. Das ist richtig. Damit lässt sich jedoch währungspolitischer Dilettantismus nicht rechtfertigen. Am Ende bedrohen die ökonomische Spaltung und die soziale Sprengkraft den politischen Frieden. Hinzu kommt die Dominanz der deutschen Politik, die den Krisenländern mit ihren Diktaten das Fürchten lehrt.

Wer den Frieden im Euroland und der EU ernst nimmt, der muss zur Korrektur der schweren Fehler in der bisherigen Europolitik bereit sein. Diese neue Ausrichtung der Eurounion ist die Voraussetzung für politischen Frieden. Das Projekt ist durch drei Gefahrenquellen, die beseitigt werden müssen, gefährdet: schwere Gründungsfehler im Maastrichter Vertrag, politisches Missmanagement bei der nachhaltigen Beendigung der ökonomischen Krise sowie die überlagernde Bankenkrise, die die Staatsverschuldung und damit Zinslasten in einigen Ländern besonders stark nach oben getrieben hat.

Wer die monetäre Basis der EU wiederum stärken will, der muss zuallererst die Ursachen kennen, um zu deren Überwindung Instrumente zu konzipieren. Dazu gehört eine schonungslose Kritik der bereits in den Gründungsvertrag eingepflanzten Fehlentwicklung ebenso wie die Kritik der Politik des Durchwurschtelns unter dem Regime der Krise. Mit dieser Analyse sollen die systemischen Fehler des Maastrichter Vertrags aufgedeckt werden, um diese zu überwinden.

2. Aus den Gründungsfehlern währungspolitischer Integration lernen

Mit dem Ende 1990 verhandelten und 1992 ratifizierten »Maastrichter Vertrag« sind ausschließlich die Voraussetzungen für eine Währungsunion angegangen worden. Festgelegt wurden auf der Basis eines Mindestgrads an monetärer Konvergenz die Mitgliedsländer, der Zeitpunkt der Einführung des Eurostarts

sowie die Schaffung der institutionellen Grundlagen einer Europäischen Zentralbank.

Dem Maastrichter Vertrag mit seiner Reduzierung auf die Währungsunion sind unterschiedlich dimensionierte Konzepte vorausgegangen:

Der Werner-Plan: Die Zeit war noch nicht reif

Heute nahezu vergessen startete der erste Versuch der ökonomischen Integration in der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) mit dem 1970 vorgelegten Werner-Plan, benannt nach dem luxemburgischen Premierminister Pierre Werner. Bis 1980 sollte in drei Stufen eine Wirtschafts- und Währungsunion abgeschlossen sein. Am 22. März 1971 hatte schließlich der EU-Rat die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in Stufen beschlossen. Turbulenzen auf den Devisenmärkten, vor allem in Folge des durch die USA beendeten Bretton-Woods-Systems, mit dem die Wechselkurse wichtiger Währungen stabilisiert werden sollten, sowie die erste Ölkrise verhinderten die Realisierung der WWU. Aus heutiger Sicht ist hervorzuheben, dass durch die Koordination der makroökonomischen und wirtschaftsstrukturellen Politik die Währungsunion mit einer Wirtschaftsunion verknüpft werden sollte. Entsprechend dem damaligen Zeitgeist wurde die »Planification«, also eine intensive makroökonomische Koordination und Steuerung, konzipiert.

Das Europäische Währungssystem (EWS): Ein Schritt nach vorne

Nach dem Scheitern des ersten Plans zu einer WWU sowie von Vorläuferversuchen zur Stabilisierung der Währungen in der Schlange ist auf dem Eurogipfel im Sommer 1978 in Bremen ein System zur Bändigung frei schwankender Wechselkurse entwickelt und fortgeschrieben worden. Mit diesem allerdings wichtigen Schritt wurde das WWU-Projekt ausschließlich auf die relative Stabilisierung der Wechselkurse reduziert. Auf flankierende finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wurde verzichtet. Am 13. März 1979 startete das *Europäische Währungssystem (EWS)*. Ziel war es, den Handel zwischen den teilnehmenden Staaten von der Belastung durch erratisch schwankende Wechselkurse zu befreien, um damit den grenzüberschreitenden Handel und schließlich den Binnenmarkt zu stärken.

Im Mittelpunkt dieses EWS, das mit dem 31. Dezember 1998 endete, standen bilaterale Leitkurse, die für die beteiligten Devisen politisch fixiert wurden. Im Bereich der bilateralen Leitkurse durften im Prinzip die realen Wechselkurse zwischen $\pm 0,25$ Prozent schwanken. Wurden die Schwankungsmargen überschritten, so mussten die beteiligten Notenbanken obligatorisch intervenieren. Bei einer Aufwertung der D-Mark gegenüber dem französischen Franc kauften beide Notenbanken die schwache Währung auf und spiegelbildlich wurden die Devisenmärkte mit D-Mark geflutet. Musste jedoch dauerhaft und intensiv interveniert werden, dann war dies ein Zeichen dafür, dass sich die bilateralen Leitkurse nicht halten lassen. Starke Ungleichgewichte durch Wettbewerbsunterschiede und verstärkende Spekulationen zwangen zur neuen Fixierung der Leitkurse (Realignment).

Beispielsweise musste mehrfach im Zuge der Abwertung des französischen Franc gegenüber der D-Mark der entsprechende Leitkurs angepasst werden. Mit dem EWS ist auch erstmals eine Recheneinheit geschaffen worden. Der *ECU (European Currency Unit)* stellte eine synthetische Größe für das Gesamtsystem dar. Die Basis waren die Wechselkurse, die mit jeweiligen Gewichten nach der ökonomischen Bedeutung der Länder zusammengefasst wurden.

Der ECU wurde zum Vorläufer des Euro. Bei der Schaffung des Euro zum 1. Januar 1999 nutzte man das ECU-Rechensystem mit den als unwiderruflich erklärten Wechselkursen. Das EWS hat eine abwechslungsreiche Geschichte hinter sich. Siebzehn Mal mussten die bilateralen Leitkurse geändert werden. Die größte Krise löste 1992 George Soros mit seinen profitablen Spekulationen gegen das britische Pfund aus. Großbritannien sah sich gezwungen, nach der vorangegangenen kurzen Mitgliedschaft im September aus dem Wechselkursstabilisierungssystem auszutreten. Das brachte Soros ein zwiespältiges Kompliment ein: *The man who broke the Bank of England*.

Wegen wachsender Ausschläge der Wechselkurse wurde das instabile EWS mit einem Befreiungsschlag zu retten versucht. Die Schwankungsmarge, innerhalb derer sich der faktische Wechselkurs vom bilateralen Leitkurs ohne den Zwang zu Notenbankeninterventionen bewegen darf, wurde auf ± 15 Prozent erweitert. Rückblickend lässt sich feststellen: Einerseits lösten unterschiedliche ökonomische Entwicklungen in den Mitgliedsländern sowie Spekulationen immer wieder Krisen aus. Andererseits lernten die beteiligten Notenbanken in diesen Phasen, im tagtäglichen geldpolitischen

Monitoring koordiniert zu handeln. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für die heutige Währungsunion geschaffen worden.

Oftmals wird heute im Streit um die Zukunft des Euro gefordert, zum EWS zurückzukehren. Besonders betont hat Oskar Lafontaine diese Option. Mit dieser Sehnsucht nach der Wechselkursstabilisierung ohne währungspolitischen Überbau werden die massiven Funktionsdefizite, die am Ende den Spekulanten lukrative Geschäfte ermöglicht haben, verdrängt. Als finanzpolitischer Experte und späterer Bundesfinanzminister müsste Oskar Lafontaine der Frust mit dem EWS nur allzu gut bekannt gewesen sein.

Jedenfalls lehren die Ursachen der Krisenanfälligkeit dieses EWS die notwendige Weiterentwicklung zu einer Währungsunion mit einer Zentralbank, die Geldpolitik für das Gesamtsystem leistet. Deutlich wurde aber auch, dass der Ausbau zur Währungsunion um eine Wirtschaftsunion komplettiert werden muss.

Der Delorsplan: Perfekter Plan scheitert an nationalstaatlicher Engstirnigkeit

Mitte der 1980er-Jahre erlebte der Wille, eine *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)* einzuführen, eine Renaissance. Hier spielte die zum 1. Juli 1987 in Kraft getretene *Einheitliche Europäische Akte* eine wichtige Rolle. Im Zentrum stand die Schaffung eines Binnenmarkts durch Abbau von nationalstaatlichen Protektionismen. Dadurch erhöht sich der Druck auf eine ergänzende Währungsunion. Nach einer Entscheidung des Europäischen Rats von 1988 erarbeitete der »Ausschuss zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion« unter der Leitung von Jacques Delors, dem damals erfolgreichen EU-Kommissionschef, einen Plan. Zwei Dimensionen enthält der Plan: Die zeitliche Dimension sieht drei Stufen bis zur endgültigen Realisierung vor. Zur inhaltlichen Dimensionierung wurde mit den beiden Säulen der Integrationsbedarf für die wirtschaftliche und monetäre Integration formuliert. Unter der Säule der wirtschaftlich-makroökonomischen Integration konzipierte Delors die Anforderungen an eine gemeinsame Finanzpolitik.

Der Maastrichter Vertrag: Dem Euro das Grundübel eingepflanzt

Diesem Plan einer Verwirklichung der EWWU in Stufen folgte die EU-Politik aus unterschiedlichen Gründen nicht. Dies hatte fata-

le Konsequenzen, die bis heute die Eurokrise bestimmen. Aus dem Plan wurde die Währungsunion ohne wirtschaftspolitische Flankierung herausgebrochen. Im schlecht konzipierten Maastrichter Vertrag wird ausschließlich die monetäre Integration mit einer fatalen Vorgabe für die öffentlichen Haushalte fixiert.

Warum ist die Idee des Delorsplans nicht fortgesetzt worden? Ein Grund für die monetaristische Reduktion ist die mangelnde politische Fähigkeit und der Wille, nationale Souveränitätsrechte im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu Gunsten der EWWU abzugeben. Erst im Folgevertrag, dem Amsterdamer Vertrag, wurde 1997 ein – allerdings viel zu unverbindliches – Kapitel zur vergemeinschafteten Beschäftigungspolitik ergänzt.

Heute ist die damals vorgesehene Realisierung der Währungsunion plus Begrenzung öffentlicher Schulden in drei Stufen in Vergessenheit geraten (vgl. Grafik). Vorgesehen war die freiwillige Option mit einer ausreichenden Zahl von Mitgliedsländern frühestens zum 1. Januar 1997. Diese Option kam nicht zum Zuge. Realisiert wurde das alternativ vorgesehene obligatorische Gründungsdatum: Ab dem 1. Januar 1999 musste der Euro das Licht der Welt erblicken. Was war am Silvesternachmittag 1998 passiert? Diese neue Währung wurde durch die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse zwischen den teilnehmenden Mitgliedsländern kreiert.

Auf der Basis des ECU-Rechnungssystems kam für Deutschland heraus: 1 Euro ist wertgleich mit 1,95583 DM. Der Umrechnungsfaktor von knapp zwei hat im Unterschied zu anderen Mitgliedsländern den Umgang mit der neuen Währung erleichtert. Am 4. Januar 1999 kam es erstmals zur offiziellen weltweiten Notierung an den Devisenbörsen. In Sydney wurde der Euro das erste Mal mit dem Preis von 1,747 US-Dollar notiert. Heute lässt sich eine Aufwertung dieses Währungsneulings auf über 1,30 US-Dollar feststellen. Die Währung wurde ab 1999 an den Devisenbörsen notiert und Buchungen konnten auf dieser Basis vorgenommen werden. Erst nach einer logistischen Meisterleistung sind durch einen Umtausch der nationalen Währungen zum 1. Januar 2002 die Euro-Münzen und -Banknoten eingesetzt worden. Das Aus der D-Mark war besiegelt.

Bis heute besteht jedoch die Verpflichtung der Deutschen Bundesbank, DM-Bestände in Euro umzutauschen. Übrigens war es in Deutschland ein schwerer Fehler, dass keine gesetzlich vorgeschriebene doppelte Auszeichnungspflicht (in DM- und Euro-Preisen) erzwungen worden ist. So konnte beispielsweise in

Gaststätten der bisherige DM-Preis eins zu eins in Euro umfirmiert werden. Der Frust über diesen »heimlich« umgesetzten *Teuro* war groß. Bis heute hält das damals geschaffene Misstrauen in die Geldwertstabilität dieser Währung an. In Wahrheit ist die Geldentwertung für Verbraucher seit dem Start mit durchschnittlich 1,6 Prozent Inflationsrate niedriger als Jahre zuvor die DM Währung.

